



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 14. Februar 2014
(OR. en)**

6349/14

**ENV 125
ECOFIN 132
SOC 103
COMPET 88
EDUC 46
RECH 60
ENER 51
FISC 26
JAI 76**

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Komm.dok.: 15803/13 ECOFIN 984 SOC 904 COMPET 781 EDUC 425 ENV 1025
RECH 509 ENER 502 FISC 214 JAI 1039 - COM(2013) 800 final + COR 1
Betr.: Ökologisierung des Europäischen Semesters

– Gedankenaustausch

Die Kommission hat am 13. November 2013 ihre Mitteilung über den Jahreswachstumsbericht 2014¹ vorgelegt. In diesem vierten Europäischen Semester der wirtschaftspolitischen Koordinierung hat die Kommission erneut fünf wirtschaftliche und soziale Prioritäten benannt, auf die die Bemühungen der Mitgliedstaaten und der EU vorrangig gerichtet sein sollten, und zwar die Fortsetzung einer differenzierten und wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung, die Wiederherstellung einer normalen Kreditvergabe an die Wirtschaft, die Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Gegenwart und Zukunft, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Folgen der Krise sowie die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung.

¹ Dok. 15803/13 + COR 1.

Der Jahreswachstumsbericht wird im Zuge der Vorbereitungen für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates im März 2014 derzeit auf EU-Ebene erörtert. Der Bericht liefert einen Beitrag zur Ausarbeitung der aktualisierten nationalen Programme und länderspezifischen Empfehlungen. Vor diesem Hintergrund hat der Vorsitz ein Informationsdokument und drei Fragen (Anlage) als Orientierungshilfe für den Gedankenaustausch auf der nächsten Tagung des Rates (Umwelt) am 3. März 2014 erarbeitet.

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird ersucht, das in der Anlage wiedergegebene Informationsdokument des Vorsitzes und die dort wiedergegebenen Fragen zur Kenntnis zu nehmen und dem Rat im Hinblick auf den genannten Gedankenaustausch vorzulegen.

Informationsdokument des Vorsitzes mit Fragen für die Minister

I. EINLEITUNG

Die Kommission hat am 13. November 2013 den Jahreswachstumsbericht 2014 vorgelegt, mit dem der Auftakt für das Europäische Semester 2014 gegeben wird. In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 20. Dezember 2013 sind die Bereiche und Maßnahmen genannt, auf die besonderes Augenmerk zu richten ist und die vorrangig zu behandeln sind².

Während der Schwerpunkt nach wie vor auf der Bewältigung der anhaltenden Wirtschaftskrise liegt, sollten die Maßnahmen, mit denen auf die laufenden Herausforderungen reagiert wird, möglichst so gestaltet sein, dass sie gleichzeitig die Verwirklichung der Ziele nachhaltiges Wachstum, Ökologisierung der Wirtschaft und Erhalt des natürlichen Kapitals gewährleisten und somit langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der EU sichern. Der Rat (Umwelt) kann dabei eine bedeutsame Rolle spielen.

Im Jahreswachstumsbericht 2014 wird erklärt, dass der "wirtschaftliche Aufschwung allerdings nicht die Rückkehr zur früheren Lage, zum 'Business-as-usual', bedeutet"; ferner wurden darin unter anderem die folgenden Prioritäten umrissen:

- Längerfristige Investitionen in Bildung, Forschung, Innovation, Energie und Klimaschutz sollten sichergestellt und die Bedürfnisse der schwächsten gesellschaftlichen Gruppen sollten gedeckt werden.
- Die Steuersysteme sollten wachstumsfreundlicher ausgestaltet werden, beispielsweise durch eine Umlenkung der Steuerlast vom Faktor Arbeit hin auf die Besteuerung von Verbrauch, Eigentum und Umweltbelastungen.
- Förderung der Ressourceneffizienz durch Verbesserungen in den Bereichen Abfall- und Wasserwirtschaft, Recycling und Energieeffizienz.

² Dok. EUCO 217/13, Nummer 25.

Außerdem wird im Jahreswachstumsbericht darauf hingewiesen, dass umweltschädliche Subventionen abgebaut werden sollen und das Beschäftigungspotenzial der grünen Wirtschaft genutzt werden soll. Mit dem Europäischen Semester sind bereits entscheidende Schritte in die richtige Richtung getan worden. In den länderspezifischen Empfehlungen 2013 wird auf umweltgerechte Besteuerung (in 11 Mitgliedstaaten), umweltschädliche Subventionen (in 2 Mitgliedstaaten), Abfallwirtschaft (in 3 Mitgliedstaaten) und Wasserwirtschaft (in 2 Mitgliedstaaten) Bezug genommen. In den Arbeitsdokumenten der Kommissionsdienststellen zum Europäischen Semester sind wichtige Botschaften zur Fiskalpolitik und zu Steuern (Reform der Subventionen für fossile Brennstoffe und Firmenfahrzeuge) sowie Strukturmaßnahmen zur Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit mit dem Schwerpunkt auf Wasserwirtschaft, Wasserpreisgestaltung und Wasserinfrastruktur, Ökoinnovationen, Energieeffizienz und Luftqualität enthalten.

Es besteht nach wie vor ein großes Potenzial für Verbesserungen; die nationalen Reformprogramme 2014 bieten dafür eine gute Gelegenheit. Die folgenden Themen könnten in dieser Hinsicht wichtig sein.

Damit eine **wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung** erreicht wird, müssen wir erstens konkrete Schritte unternehmen, um die Steuerbelastung vom Faktor Arbeit beispielsweise auf den Faktor Umweltbelastung und Ressourcenverwendung zu verlagern und um umweltschädliche Subventionen, insbesondere für fossile Brennstoffe, schrittweise abzuschaffen; dabei ist den sozialen und sonstigen Auswirkungen und den Möglichkeiten zu deren Minderung Rechnung zu tragen.

Zweitens ist die **Wiederherstellung einer normalen Kreditvergabe an die Wirtschaft** von größter Bedeutung, insbesondere im Hinblick auf die Unterstützung einzelner Sektoren und innovativer Tätigkeiten, die für die Ökologisierung der Wirtschaft maßgeblich sind und künftiges Wachstum generieren können, aber möglicherweise – selbst ohne die krisenbedingten Einschränkungen – nur beschränkten Zugang zu Finanzmitteln haben. Initiativen zur Stimulierung privater Investitionen in Ressourceneffizienz und von Investitionen in kohlenstoffarme Technologien sollten von den Mitgliedstaaten umfassender gefördert werden.

Zur Förderung von **Wachstum und Beschäftigung in Gegenwart und Zukunft** sollten vorrangig solche Maßnahmen durchgeführt werden, die zur Stimulierung der Wirtschaftsleistung und der Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen und gleichzeitig von längerfristigem Nutzen sind, da sie die Umwelt und das Naturkapital schützen und die Gesundheit und die Lebensqualität generell verbessern; auf diese Weise ließe sich eine größtmögliche Kohärenz und Effizienz der Staatstätigkeit erreichen. Zu den konkreten Möglichkeiten gehören die Förderung einer ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaft, mehr Investitionen in die Abfall- und Wasserwirtschaft, die richtigen Preissignale, die Einführung von Systemen der Herstellerverantwortung, die Intensivierung der Beratung und Unterstützung für KMU, die Aus schöpfung des Potenzials von Ökoinnovationen, die Berücksichtigung der Kosten von Überflutungen im Verhältnis zu den Kosten der Prävention und die Behandlung der Frage der mit der Luftverschmutzung verbundenen Kosten für die Produktivität (beispielsweise verlorene Arbeitstage).

Zur **Verringerung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Folgen der Krise** ist es erforderlich, mehr Menschen durch die Schaffung grüner Arbeitsplätze in den Arbeitsmarkt zu integrieren, das Potenzial der Wasser- und Abfallwirtschaft für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu nutzen und Kompetenzlücken, die der Innovation entgegenstehen, zu beseitigen.

Es besteht zudem ein großes Potenzial zur Verbesserung der Fähigkeiten der **öffentlichen Verwaltungen**, wenn es darum geht, die Ressourceneffizienz in ein breiteres Spektrum von Maßnahmen einzubeziehen – unter anderem durch verbesserte Folgenabschätzungen unter Einbeziehung der wirtschaftlichen, sozialen und umweltbedingten Kosten und Vorteile, durch ein umweltorientiertes Beschaffungswesen, durch die effektivere Nutzung von EU-Mitteln zur Förderung des Übergangs zu einer ressourceneffizienten Wirtschaft, durch die Verbesserung des Geschäftsumfelds mittels einer Straffung der Genehmigungsverfahren bei gleichzeitiger Einhaltung von Umweltstandards und durch die Förderung eines Binnenmarkts für grüne Erzeugnisse.

II. FRAGEN FÜR DIE AUSSPRACHE

Mit Blick auf das diesjährige Europäische Semester und im Gesamtkontext der Strategie Europa 2020 sowie als Beitrag zur Tagung des Europäischen Rates im März 2014 und zur Förderung des Gedankenaustauschs über die vorrangigen Ziele bei der Aktualisierung der nationalen Reformprogramme der Mitgliedstaaten ersucht der Vorsitz den Rat (Umwelt), sich auf seiner Tagung am 3. März 2014 mit den folgenden Fragen zu befassen:

- 1. Welches sind angesichts des Jahreswachstumsberichts 2014 Ihrer Meinung nach die gravierendsten Hemmnisse für die Verwirklichung der Ressourceneffizienz- und CO2-Emissionsziele der Strategie Europa 2020?*
 - 2. Welche Maßnahmen auf nationaler Ebene im Bereich der Ressourceneffizienz und des Klimaschutzes verfügen Ihrer Ansicht nach über das größte Potenzial, zu nachhaltigem Wachstum und nachhaltiger Beschäftigung beizutragen und zugleich den bestehenden Herausforderungen im Bereich des Umweltschutzes gerecht zu werden, und könnten gegebenenfalls in die nationalen Reformprogramme 2014 aufgenommen werden?*
 - 3. Wie könnte die Rolle/Beteiligung der Umweltminister in den verschiedenen Phasen des Europäischen Semesters gestärkt werden?*
-